



POLITIK AKTUELL

Ausgabe 6/2009
03.07.2009

Informationen aus Berlin, Dresden
und der Region

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe
Mitreiter, sehr geehrte
Damen und Herren!

Die Union startet mit Rückenwind in die Bundestagswahl. Der Sieg bei der Europawahl hat gezeigt: Eine bürgerliche Regierung ist möglich. Angela Merkel ist so beliebt wie kein Bundeskanzler vor ihr. Die Bevölkerung traut CDU und CSU die Lösung der anstehenden Probleme weit eher zu als der SPD. Der Vorsprung vor dem politischen Gegner ist groß. Die Union daher alle Chancen, nach der Bundestagswahl im September eine Regierung zusammen mit der FDP zu bilden.

Wir wissen aber auch, dass die Wahl noch nicht gewonnen ist. Vor uns liegen jetzt drei Monate, in denen es darum geht, noch mehr Bürgerinnen und Bürger für unsere politischen Vorstellungen zu gewinnen.

Mit ihrem gemeinsamen Wahlprogramm geben CDU und CSU klare Antworten, wie sie unser Land aus der Krise führen und wieder auf Wachstumskurs bringen wollen. Zentral ist das Versprechen, die Bürgerinnen und Bürger durch Steu-

ersenkungen zu entlasten. Gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise ist das ein wichtiges Signal: Nur durch Leistung können wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Deshalb ist es richtig, den Leistungsträgern durch Steuersenkung Anreize zu geben und Leistung zu fördern. Steuererhöhungen wären dagegen Gift für die Konjunktur. Deshalb haben die Vorstände von CDU und CSU am Sonntag solchen Vorschlägen eine klare Absage erteilt und dem Regierungsprogramm einstimmig zugestimmt. Entlastung der Leistungsträger, nicht neue Belastungen, ist der Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Deshalb können wir am Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts festhalten.

Wir haben in dieser Legislaturperiode gezeigt, dass Wachstum und die Bekämpfung des Haushaltsdefizits kein Widerspruch sind. 2008 haben wir zum ersten Mal seit rund zwanzig Jahren wieder einen ausgeglichenen Gesamthaushalt vorgelegt.

Wachstum ist das beste Mittel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Mit einer Mischung aus Steuersenkungen und staatlichen Zukunftsinvestitionen werden wir die Wachstumskräfte in unserem Land stärken.

Die Bürgerinnen und Bürger haben am 27. September die Wahl: Soll Deutschland von einem Linksbündnis unter Führung der ausgelaugten und ideenlosen SPD regiert werden oder soll Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen und unser Land in einer Koalition aus CDU/CSU und FDP sicher aus der Krise führen?

Diese Wahl ist eine entscheidende Weichenstellung für die Politik des kommenden Jahrzehnts. Die Union wird kraftvoll dafür kämpfen, diese Weichen richtig zu stellen.

Ihr und Euer



In dieser Ausgabe:	
EU-Reformvertrag von Lissabon ist verfassungsgemäß	2
Bundestag verabschiedet Bürgerentlastungsgesetz	3
Die Woche im Bundestag	4
CDU ist ein starker Partner der Städte und Gemeinden	5
CDU im Kreis Zwickau mit gutem Ergebnis bei der Kommunalwahl in Sachsen	6
Landtagskandidat Jan Löffler und Junge Union Sachsen aktiv vor Ort!	6
Impressum & Termine	7

Das Bundesverfassungsgericht hat heute die Klagen gegen den Vertrag von Lissabon zurückgewiesen. Er ist damit mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Zweite Senat formulierte jedoch die Auflage, die parlamentarische Beteiligung am Erlass europäischer Vorschriften im Rahmen des Begleitgesetzes noch weiter zu stärken. Das gilt vor allem für die sog. „Brückenklausel“ sowie das „vereinfachte Vertragsveränderungsverfahren“ im Primärrecht. Wir werden deshalb noch vor der Sommerpause ein verändertes Gesetz vorbereiten, das vom Bundestag voraussichtlich am 26. August in erster Lesung beraten und dann am 8. September 2009 beschlossen wird,

damit die Ratifikationsurkunde nach der Ausfertigung durch den Bundespräsidenten rechtzeitig hinterlegt werden kann.

Wir begrüßen die Entscheidung des Gerichts. Das wegweisende Urteil wird seine Bedeutung in ganz Europa entfalten. Die Ergebnisse der zugrunde liegenden Prüfung des Vertrages räumen die Vorbehalte aus, dass der Vertrag von Lissabon die Bedeutung der Nationalstaaten in der EU erodieren würde. Vielmehr verbleibt nach wie vor die Integrationsverantwortung bei den nationalen Parlamenten. Es ist zudem ein wichtiges Signal, dass das Bundesverfassungsgericht sich selbst eine stärkere Kontrollfunktion zuge-

wiesen hat und auch künftig darüber wachen wird, dass die Institutionen der EU nicht ersichtlich ihre eingeräumten Kompetenzen überschreiten.

Unter diesen Prämissen ist der Weg für die endgültige Ratifizierung des Vertrags

von Lissabon frei. Wir sind zuversichtlich, dass sich die Autorität dieses Urteils förderlich auf die noch ausstehenden Ratifikationsverfahren in Irland, Tschechien und Polen auswirken wird, so dass die EU ab 2010 auf einer neuen Vertragsgrundlage arbeiten kann.



Zeichnung: Sakurai

Trauer um die gefallenen Soldaten – Afghanistaneinsatz zum Erfolg führen

Wir trauern um die drei gefallenen deutschen Soldaten, die in der vergangenen Woche von den Taliban angegriffen wurden. Der Vorfall hat einmal mehr gezeigt, mit welchen Gefahren der Einsatz in Afghanistan verbunden ist und welche großen persönlichen Risiken unsere Soldaten tragen.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen und Freunden der Getöteten. Den deutschen Soldaten, die in Afghanistan ihren Dienst leisten, schulden wir Dank und Anerkennung für ihren Einsatz für unsere Sicherheit.

Die schwierige Sicherheitslage in Afghanistan macht eine robuste militärische Absicherung des afghanischen Staates notwendig. Radikale Islamisten wollen mit terroristischer Gewalt

den Erfolg eines zivilen Staatswesens verhindern. Sie schrecken nicht vor hinterhältigen Anschlägen auf die internationale Schutztruppe zurück und auch nicht davor, Zivilisten als sogenannte menschliche Schutzschilde für ihre Terroroperationen zu missbrauchen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass unsere Soldaten in der Lage sind, sich wirksam gegen diese Bedrohung zur Wehr zu setzen.

Auch im anstehenden Bundestagswahlkampf wird unser Einsatz in Afghanistan eine Rolle spielen. Auf Grundlage der Resolution 1623 beteiligt sich die Bundeswehr seit 2002 als eine von insgesamt 40 Nationen an der NATO-geführten „International Security Assistance Force“ (ISAF). Der Einsatz am Hindukusch ist ein weltweites Anliegen, bei

dem wir unseren Beitrag an der Seite unserer Partner leisten.

Politiker wie Lafontaine und Gysi werden nicht zögern, ihren populistischen Wahlkampf auf dem Rücken unserer Soldaten auszutragen. Sie sind bereit, Deutschlands Sicherheit und die Erfolge beim Wiederaufbau in Afghanistan für ihren Wahlkampfklau zu opfern. Das dürfen wir nicht zulassen. In der vergangenen Sitzungswoche wurde das von Andreas Schockenhoff verfasste Argumentationspapier zum Thema Afghanistan verteilt, das die zentralen Punkte unseres Einsatzes beschreibt und klar Positionen für unser Engagement formuliert. Mit unserem Afghanistaneinsatz und der linken Fundamentalkritik befasst sich auch eine kürzlich von der Konrad-

Adenauer-Stiftung verfasste Studie.

In dieser Woche stimmen wir im Deutschen Bundestag über die Entsendung von AWACS-Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan ab. Die AWACS-Maschinen dienen der Koordination des Luftverkehrs in Afghanistan und der Unterstützung von Luftoperationen. Die Maschinen werden zunächst vom Stützpunkt im türkischen Konya aus operieren. Der Antrag der Bundesregierung sieht die Entsendung von bis zu 300 Soldaten vor.

Das Mandat ist bis zum 13. Dezember 2009 befristet. Die Zustimmung des Bundestags ist notwendig, damit sich Deutschland mit einem Teil der AWACS-Besatzung an dem NATO-Einsatz beteiligen kann.

Bundestag verabschiedet Bürgerentlastungsgesetz

Mit dem Bürgerentlastungsgesetz hat der Deutsche Bundestag die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Februar 2008 zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen umgesetzt. Durch die Neuregelung werden erstmals die Aufwendungen für eine Kranken- und Pflegeversicherung auf sozialhilferechtlich gewährleistem Leistungsniveau, also für eine Basiskranken- und Pflegepflichtversicherung, steuerlich vollständig als Sonderausgaben berücksichtigt.

Die Neuregelungen gelten für gesetzlich wie privat Krankenversicherte und gesetzlich Pflegeversicherte (soziale Pflegeversicherung und private Pflegepflichtversicherung) gleichermaßen. Auch können privat Krankenversicherte nun erstmals die entsprechenden Beiträge für ihre mitversicherten Kinder steuerlich vollständig absetzen.

Um auch künftig die übrigen sonstigen Vorsorgeaufwendungen z.B. für Arbeitslosen-, Berufsunfähigkeits-, Haftpflicht- oder Lebensversicherungen besser als nach dem Regierungsentwurf zu berücksichtigen, wird für die sonstigen Vorsorgeaufwendungen ein höheres gemeinsames Abzugsvolumen eingeführt. Die derzeitigen Abzugsvolumina werden dabei jeweils um 400 € von 1.500 € auf 1.900 € bzw. von 2.400 € auf 2.800 € (Selbständige) erhöht. Das Abzugsvolumen steht dabei primär für Beiträge zugunsten einer Basiskranken- und Pflegepflichtversicherung zur Verfügung. Die entsprechenden Beiträge sind - auch bei Überschreiten der genannten Abzugsvolumina - in jedem Fall voll abziehbar. Die mit der Neurege-

lung insgesamt verbundene Steuerentlastung beträgt 9,5 Mrd. € und ist damit die größte steuerliche Entlastungsmaßnahme in dieser Legislaturperiode.

Zudem konnte die Union in den Beratungen noch die nachstehend aufgeführten Verbesserungen im Bereich der Unternehmensbesteuerung durchsetzen. Hierdurch entlasten wir die Wirtschaft um rd. 2,9 Mrd. €. Auch wenn die Sozialdemokraten diese Maßnahmen zunächst einmal nur zeitlich befristet zugestanden haben, so ist dies doch in der aktuellen Krise ein wichtiges Signal für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Union wird hier aber nicht locker lassen und sich weiterhin für eine unbefristete, dauerhafte Nachbesserung bei der Unternehmensbesteuerung einsetzen.

Entschärfung der Zinsschranke Nach langwierigen Verhandlungen haben die Sozialdemokraten ihre Blockadehaltung aufgegeben und endlich einer Entschärfung der Zinsschranke zugestimmt. Gerade in Anbetracht der Krise bestand dringender Handlungsbedarf. Hier konnten wir durchsetzen, dass die bestehende Freigrenze von 1 Mio. € auf 3 Mio. € heraufgesetzt wird. Diese Maßnahme führt dazu, dass über die Hälfte der ca. 1.400 von der Zinsschranke betroffenen Unternehmen aus der Zinsschrankenregelung heraus fällt. Damit entlasten wir die Unternehmen um 60 Mio. €. Die Maßnahme gilt befristet für den Zeitraum 2008 bis 2009.

Erhaltung von Verlustvorträgen bei Sanierungen Mit der Neuregelung der Verlustvorträge im Rahmen der Unternehmensteuerreform wird die gerade in der

aktuellen Krise häufig notwendige Zuführung von frischem Eigenkapital erheblich erschwert, da dabei Verlustvorträge vernichtet werden. Vor diesem Hintergrund hatte die Union immer wieder Nachbesserungen gefordert. Nunmehr haben wir in den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten durchgesetzt, dass in sog. Sanierungsfällen bei Unternehmensbeteiligungen vorhandene Verluste vollständig genutzt werden können. Voraussetzung ist eine Betriebsvereinbarung mit einer Arbeitsplatzregelung oder die Beibehaltung von 80 % der Lohnsumme über fünf Jahre (in Anlehnung an die Begrifflichkeit der Lohnsummenklausel bei der Erbschaftsteuer) oder eine Betriebsvermögenszuführung von 25 % des Aktivvermögens bei einem Anteilswerb von 100 % (bei einem geringeren Anteilswerb reduziert sich die notwendige Betriebsvermögenszuführung entsprechend). Auch hier gilt diese Maßnahme für den Zeitraum 2008 bis 2009. Die steuerliche Entlastung beträgt 900 Mio. €.

Anhebung der Ist-Versteuergrenze bei der Umsatzsteuer Besonders erfreulich ist, dass die Union die Anhebung der Ist-Versteuergrenze - die Umsatzsteuer muss hier erst bei Zahlungseingang und nicht schon nach Rechnungsstellung abgeführt werden - auf einen für Ost und West einheitlichen Betrag von 500.000 € durchsetzen konnte. Nach der geltenden Rechtslage liegt diese Umsatzgrenze in den alten Ländern noch bei 250.000 € und in den neuen Ländern befristet bis Ende 2009 bei 500.000 €. Damit erfüllen wir eine zentrale Forderung der Wirtschaft und leisten einen wichtigen Beitrag zur Vereinheitlichung der steuerlichen Rahmenbedingun-

gen in Ost und West. Diese Maßnahme gilt ab Juli 2009 bis Ende 2011 und führt kurzfristig zu einer Entlastung von 1,95 Mrd. €. Die Maßnahmen im Bürgerentlastungsgesetz sind außerdem in Zusammenhang mit den bereits beschlossenen steuerlichen Entlastungen ab 2009 zu sehen wie z.B.:

Tarifentlastung bei der Einkommenssteuer 2009/2010 (6 Mrd. €),

Wiedereinführung der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter (2,5 Mrd. €),

Wiedereinführung d. Pendlerpauschale (2,5 Mrd. €),

Erhöhung des Kindergeldes und Anhebung der Kinderfreibeträge (2,1 Mrd. €),

Zahlung eines Kinderbonus von 100 € (1,5 Mrd. €),

Verdoppelung des Höchstbetrages auf 1.200 € bei der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen (1,5 Mrd. €),

verbesserte steuerliche Berücksichtigung von hausnahen Dienstleistungen (130 Mio. €),

Anhebung der Grenzen beim Investitionsabzugsbetrag (100 Mio. €)

und zuletzt die Steuerreduzierung beim Agrardiesel (285 Mio. €).

Insgesamt führen diese Maßnahmen zu einer steuerlichen Entlastung von knapp 30 Mrd. €. Gerade in der aktuellen Krise ist dies ein kraftvolles Signal für mehr Wachstum und Beschäftigung.

In dieser Woche hat die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zum G 8-Weltwirtschaftsgipfel abgegeben, der unter italienischer G-8-Präsidentschaft vom 8. bis 10. Juli 2009 in L'Aquila stattfindet.

In dieser Woche wurde die Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter der Führung der NATO beschlossen. Die Flugzeuge sind angesichts des steigenden Aufkommens im Luftverkehr über Afghanistan und der derzeit noch unzureichenden Möglichkeiten zur Luftraumüberwachung und -koordinierung eine dringend erforderliche zusätzliche Fähigkeit von ISAF und dienen dem Schutz der dort eingesetzten Soldaten. Im Zusammenhang mit dem NATO-AWACS-Einsatz können bis zu 300 deutsche Soldaten eingesetzt werden.

Außerdem wurde die Fortsetzung der Beteiligung

deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) beschlossen. UNMIS kommt auch weiterhin eine maßgebliche Rolle bei der Überwachung des Friedensabkommens zwischen der Regierung in Khartum und dem Südsudan zu. Die Lage ist nicht nur wegen des umstrittenen und ungeklärten Grenzverlaufs zwischen dem Norden und dem Süden, sondern auch hinsichtlich des 2011 anstehenden Referendums über die Unabhängigkeit Südsudans gespannt. Die deutsche Beteiligung an UNMIS bleibt unverändert mit einem Personaleinsatz von bis zu 75 Soldatinnen und Soldaten. Auch die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) stand zur Beschlussfassung an. Die Lage in Darfur ist nach wie vor katastrophal. UNAMID kommt eine maßgebliche Rolle sowohl bei der Linderung des Leids der Bevölkerung als auch bei der Unterstützung einer politischen Lösung des Konflikts zu.

Die deutsche Beteiligung an UNAMID soll unverändert, d.h. mit einem Einsatz von bis zu 250 Soldatinnen und Soldaten, fortgesetzt werden.

Wir debattierten in dieser Woche die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon. Gegenstand des Verfahrens waren Verfassungsbeschwerden gegen das deutsche Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon, das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes und das Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union sowie Anträge im Organstreitverfahren gegen diese Gesetze.

Weiterhin wurde in dieser Woche der Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes (sog. BND-Untersuchungsausschuss) zur Kenntnis genommen. Deutlich wurde, dass die SPD sich zwar ihr „Nein“ zum Irak-Krieg im Wahlkampf 2002 auf die Fah-

nen schrieb, im Geheimen jedoch den Luftkrieg der Amerikaner unterstützt hat. Die Leugnung der früheren rot-grünen Bundesregierung, am Irak-Krieg beteiligt gewesen zu sein, wurde durch den Nachweis einer indirekten Beteiligung enttarnt.

In zweiter und dritter Lesung stand das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2009 zur Verabschiedung an, das aufgrund der Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise notwendig geworden ist, die in diesem Jahr zu einem erwarteten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von real 6 % führen wird. Die tiefe Rezession führt nach der Steuerschätzung zu geringeren Steuer- und Beitragseinnahmen und zu höheren Arbeitsmarktbelastungen. Die entstehende Lücke im Bundeshaushalt von 10,7 Mrd. Euro kann nur durch eine höhere Neuverschuldung finanziert werden. Sie steigt mit dem Nachtrag von bisher 36,9 Mrd. Euro auf 47,6 Mrd. Euro.

Zahlen, Fakten, Wissenswertes

Interesse an Meister-BaföG steigt: Im vergangenen Jahr haben knapp 140.000 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, dem sogenannten Meister-BaföG, erhalten. Das waren 4,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Summe der bewilligten Förderleistungen betrug insgesamt rund 382 Millionen Euro, 7 Prozent mehr als im Jahr 2007. 267 Millionen Euro der Förderleistung entfielen auf Darlehen und 114 Millionen Euro auf Zuschüsse. 31 Prozent der Geförderten waren Frauen.

Ihre Zahl stieg gegenüber 2007 um 3 Prozent auf 43.000. 82 Prozent der Geförderten waren zwischen 20 und 35 Jahre alt. Am stärksten vertreten waren die 25- bis 29-Jährigen (35 Prozent), gefolgt von den 20- bis 24-Jährigen (32 Prozent). Knapp 50.000 Geförderte nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, 90.000 an einer Teilzeitfortbildung. Gegenüber 2007 stieg die Zahl der Vollzeitgeförderten um 3 Prozent, die der Teilzeitgeförderten um 5 Prozent. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Topentscheider wollen Schwarz-Gelb: Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) aller obersten Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung wünschen sich nach der Bundestagswahl ein Regierungsbündnis aus Union und FDP. Lediglich 19 Prozent sprechen sich für die Fortführung der Großen Koalition aus. Dennoch zeigen sie sich mit der Politik der Großen Koalition zufrieden: 63 Prozent unterstützen die Wirtschaftspolitik der schwarz-roten Bundesregierung, 71 Prozent attestieren ihr

ein gutes Krisenmanagement. Dies wird allerdings in erster Linie der Union und der Bundeskanzlerin zugeschrieben. In der Frage nach dem künftigen Bundeskanzler haben die Topentscheider eine klare Präferenz: 64 Prozent halten Angela Merkel für eine starke Regierungschefin. Dagegen ist die Zahl derjenigen, die Steinmeier das Amt des Bundeskanzlers zutrauen, von 59 auf 37 Prozent eingebrochen. (Quelle: Capital-Elite-Panel)



Stanislaw Tillich
Ministerpräsident

Der Landesvorsitzende der Sächsischen Union, Stanislaw Tillich, erklärt zum Ausgang der Kommunalwahlen "Die Menschen in Sachsen haben die Sächsische Union erneut zur stärksten politischen Kraft gewählt. Ich gratuliere allen Kandidaten unserer Partei, die es geschafft haben, zu diesem Erfolg. Es ist ein besonderer Erfolg für die vielen engagierten Demokraten, die sich unentgeltlich und oft in

aufopfernder Weise für unser Land einsetzen. Ihnen gilt unsere volle Unterstützung in den kommenden Jahren, denn sie werden als Stadt- oder Gemeinderäte wichtige Entscheidungen für unsere Kommunen treffen müssen. Manche Entscheidung wird dabei nicht leicht sein, denn die Zeiten, in denen wir aus dem Vollen schöpfen können, sind vorbei. Wir werden mit knapper

werdenden Mitteln haushalten müssen. Gerade deswegen wollen wir, dass sich so viele Menschen wie möglich für das Allgemeinwohl vor Ort weiter engagieren. Die Sächsische Union ist und bleibt Partner der Kommunen. Gemeinsam mit unseren Vertretern vor Ort werden wir unsere Politik für Sachsen und seine Menschen fortsetzen und unser Land weiter aufbauen."

Zwölf Punkte des Ostens für das CDU-Bundestagswahlprogramm



Dieter Althaus

gang Böhmer und Dieter Althaus, haben in einem gemeinsamen Papier ihre Forderungen an das Wahlprogramm der Union für die Bundestagswahl vorgelegt. Im Zentrum steht die wirtschaftliche Entwicklung in den Neuen Bundesländern. Um die Wirtschaftskraft im Osten zu erhöhen, auf diese Weise mehr Arbeitsplätze zu schaffen und soziale Sicherheit zu garantieren, soll die Investitionszulage verlängert werden. Ein Transeuropäischer Korridor soll von der Ostsee bis zur Adria reichen und die Neuen Bundesländer besser erschließen.

ren und Hochschulen gezielt von Bund und Ländern gefördert werden - mit den Programmen "Spitzenforschung in den Neuen Bundesländern" und "Unternehmen Region". Die steuerliche Forschungsförderung soll zunächst für fünf Jahre im Osten pilothaft eingeführt werden, um sie bei einem Erfolg dann auf ganz Deutschland auszudehnen. Eine Gründerprämie soll Existenzgründern helfen, ebenso wie der besserer Zugang zu Risikokapital und FuE-Finanzierung. Die Ministerpräsidenten sprechen auch schwierige Themen - wie die Sorge um den Mangel an Ärzten im ländlichen Raum - an. Hier sollen spezielle Maßnahmen ergriffen werden, um eine flächendeckende Versorgung sicher

zu stellen. Es werden keine zusätzlichen finanziellen Mittel gefordert. Dafür aber eine effektive Verwendung der Mittel für den Aufbau Ost und eine Garantie für den Solidarpakt II bis 2019. Die Koordinierung der verschiedenen Politikfelder für den Osten soll zukünftig im Kanzleramt erfolgen. Die Versuche mit Manfred Stolpe und Wolfgang Tiefensee sehen die Unionspolitiker als gescheitert an. Um auf den Rückgang der Bevölkerung zu reagieren, soll für ganz Deutschland ein Staatssekretär für Demographiefragen dieses Thema begleiten. Auch zur Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zum Familiensplittings bekennen sich die Ministerpräsidenten.



Prof. Wolfgang Böhmer

Damit Ostdeutschland zu einer der besten Innovationsregionen Europas wird, sollen die Forschungszent-

Die Ministerpräsidenten von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Stanislaw Tillich, Prof. Wolf-

Sächsische Union für Kohlendioxidspeicherung

Generalsekretär Michael Kretschmer MdB: Heimische Braunkohle hat nur so eine Chance "Wir brauchen die Speicherung von Kohlendioxid. Es ist ein Weg um auf klimafreundliche Weise unseren heimischen Rohstoff Kohle zu nutzen und unsere Energieversorgung zu sichern.

Das sogenannte CCS-Gesetz steht auf der Kippe weil Länder wie Schleswig-Holstein und Bayern das

Projekt nicht wollen. Diese Position gefährdet die Braunkohlenutzung. In der ersten Juli Woche wird die Abstimmung dazu stattfinden. Ich unterstütze dieses Vorhaben. Sachsen ist mit dem Lausitzer und dem Mitteldeutschen Braunkohlerevier betroffen. Die sichere und dauerhafte unterirdische Speicherung von Kohlendioxid soll neue Perspektiven für eine klimaverträgliche Energieversorgung öffnen.. Aktuelle

Studien belegen, dass der Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2050 um 50 bis 80 Prozent vermindert werden muss, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.

Mit der CCS-Technologie kann dieser Ausstoß bei Kohlekraftwerken reduziert werden. Die in Deutschland noch für mehrere Jahrhunderte vorhandene Braunkohle könnte damit weiter

zur Energieerzeugung genutzt werden. Und Deutschland könnte seine Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten reduzieren. Dem Gesetz wird aber auch große Bedeutung für die Technologieführerschaft Deutschlands im Kraftwerkssektor und für den internationalen Wettbewerb der Energiebranche beigemessen. Investitionen in neue Kraftwerke könnten die Wertschöpfung im Inland stärken und neue Arbeitsplätze schaffen."

CDU im Kreis Zwickau mit gutem Ergebnis bei der Kommunalwahl in Sachsen

ZWICKAU AKTUELL
DIE CDU vor Ort

Bei den Kommunalwahlen in Sachsen hat die CDU im Kreis Zwickau mit 35,2% das fünft beste Ergebnis in den zehn sächsischen Kreisen und den drei kreisfreien Städten erreicht. Ebenso lag die CDU im Kreis Zwickau mit 35,2% deutlich über dem Landesdurchschnitt von 32,7%.

Doch auch im Kreis Zwickau setzte sich der Trend fort, dass kommunal die freien Wählervereinigungen zum härtesten Konkurrenten der Union avancieren. Sie lagen im Kreis Zwickau mit 24,5% mit deutlichem Abstand zur Linken auf Platz 2. In anderen Kreisen wirkte sich dieser Trend schon deutlich stärker und sehr zu Ungunsten der CDU aus. In den Kreisen Bautzen und Görlitz wurde die Sächsische Union z.T. deutlich auf Platz 2 verwiesen. Diese Entwicklung ist äußerst beunruhigend für eine Partei, die für sich

reklamiert auf allen politischen Ebenen die große Mehrheit der Sachsen zu repräsentieren, zumal diese Wählervereinigungen Fleisch vom Fleische der CDU sind. Man muss hier eine ehrliche Analyse der Ursachen vornehmen und sich die Frage stellen, warum sich die Wähler in den Kommunen verstärkt von den klassischen Parteien lossagen und ihre Stimme freien Wählervereinigungen geben.

Andererseits muss man den Erfolg der Freien Wähler insofern relativieren als dass diese unter „Wählervereinigungen“ firmierenden Gruppierungen alles andere als homogen sind. In manchen Kommunen traten gleich mehrere freie Wählervereinigungen zu Wahl an. Die Ergebnisse dieser Vereinigungen werden jedoch in den offiziellen Statistiken zusammen ausgewiesen, was den

Anschein erweckt, es handle sich hierbei letztlich um einheitliche Gruppierungen mit gemeinsamen Zielen und Inhalten. Das ist jedenfalls nicht flächendeckend der Fall.

Die Linke ist der klare Verlierer der Kommunalwahl im Kreis Zwickau, die im Vergleich zu 2004 drei Prozentpunkte verlor und nur etwas mehr als 16% der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Auch die SPD unterbot ihr schwaches Ergebnis von 2004 um einen halben Prozentpunkt und fiel auf 10,4%. Die FDP konnte dem bundesweiten Trend entsprechend ca. 3% hinzugewinnen und erzielte ein Ergebnis von 8,4%. Die Grünen erreichten gerade 2,2% der Wählerstimmen.

Die Kommunalwahl 2009 kann insgesamt als Erfolg für die Sächsische Union

verbucht werden. Sie ist mit großem Abstand stärkster Partner der Menschen vor Ort, der Städte, Gemeinden und Ortschaften. Die Union geht damit gestärkt in die Herausforderungen der Landtags- und Bundestagswahl. Herausforderungen gibt es aber auch darüberhinaus genug. Die niedrige Wahlbeteiligung von unter 50% ist besorgniserregend und zeigt uns, dass es keinen Grund gibt, sich auf dem Erreichten auszurufen. Die freien Wählervereinigungen werden zusehends stärker und „fischen“ gezielt im Lager der Union. Hierauf wird man Antworten finden und Gegenkonzepte entwickeln müssen. Dass es bereits Gemeinden gibt, in denen keine CDU-Liste zur Wahl stand unterstreicht deutlich, dass es diesen Antworten und Konzepten bedarf, um Erreichtes bewahren zu können und Verlorenes wiederzugewinnen.

Landtagskandidat Jan Löffler und Junge Union Sachsen aktiv vor Ort!

Die alljährliche Sommerputzaktion des Landesverbands der Jungen Union Sachsen und Niederschlesien fand am 30.06.09 im Crimmitschauer Sahnpark statt. In diesem Jahr wurde diese von Jan Löffler, Landtagskandidat im Wahlkreis Zwickauer Land 2, organisiert. Die Putzaktion umfasste das Reinigen zweier Teiche, eines Kinderspielplatzes und eines großen Park- und Waldareals.

Zusammen mit Jans Wahlkampfteam und ca. 25 JUlern aus den Kreisverbänden Chemnitz, Erzgebirge, Mittelsachsen, Zwickau und Dresden konnte diese Aktion mit gutem Erfolg durchgeführt werden. Die Besonderheit der diesjährigen Putzaktion war die Reinigung der Teiche im Sahn-

park. Ein Team, bestehend aus drei abenteuerlustigen JU-Mitgliedern, war zwei Stunden mit einem Ruderboot auf den beiden Ententeichen des Parks unterwegs, um diese von allerlei Müll wie leeren Bier- und Schnapsflaschen, vollen Müllsäcken, Mülleimern (!) und Verpackungen zu befreien. Weiterhin wurde die Enteninsel von Unkraut und Brennnesseln befreit und einige Bäume auf dieser zurechtgeschnitten. Währenddessen waren die anderen Helfern, mit Besen, Heckenschere und Müllklauen bewaffnet, im Park und auf dem Kinderspielplatz unterwegs, um Unkraut zu schneiden, die Hecken und Sträucher fachmännisch zurechtzuschneiden und große Mengen Müll aus dem Sandkas-

ten, den Büschen und von den Wegen zu sammeln.

Schon während der Aktion haben wir viel positive Resonanz und Zuspruch von Spaziergängern und Anwohnern erhalten. Tenor war stets, dass es toll ist, wenn junge Menschen sich für ihre Umgebung ehrenamtlich engagieren und bereit sind, dafür ihr Wochenende und ihre Freizeit zu opfern.

Nach getaner Arbeit gab es einen kleinen Imbiss am Rande des Sahnarks. Bei Wienern, Brötchen und kühlen Getränken konnte man sich über die Arbeit in den Kreisverbänden, im Landesverband und natürlich über allerlei Privates austauschen.



Jan Löffler

Schließen möchte ich in Anlehnung an Sepp Herberger: Nach der Sommerputzaktion ist vor der Sommerputzaktion. Wir, die Junge Union Sachsen und Niederschlesien, werden auch im nächsten Jahr unseren Beitrag zu einem lebenswerten und sauberen Sachsen leisten.

CDU KV Zwickau

Kreisgeschäftsstelle
Hauptstraße 28/30
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710
Fax: 0375-294567
E-Mail: info@cdu-zwickau.de



Zeichnung: Tomicek

Termine Juli - September 2009

03.08.09	Ministerpräsident Stanislaw Tillich in Zwickau, 19-22 Uhr	13.08.09	Bundesministerin Dr. Anette Schavan in Zwickau 20-22 Uhr
04.08.09	Bürgersprechstunde Dr. Michael Luther 15-17 Uhr	14.08.09	Ministerpräsident Stanislaw Tillich in Glauchau, Meerane und Waldenburg, 9-13 Uhr
13.08.09	Ministerpräsident Stanislaw Tillich in Hohenstein-Ernstthal und Limbach Oberfrohna 14.30- 18.30 Uhr	07.09.09	Gedenkstunde des Deutschen Bundestages anlässlich des 60. Jahrestages seines erstmaligen Zusammentretens, Bonn

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).

Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28
08056 Zwickau
Tel.: (0375) 29 17 79
Fax: (0375) 29 45 67
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 7 70 92
Fax: (030) 227 – 7 61 16
E-Mail: michael.luther@bundestag.de

CDU im Netz

www.michael-luther.de

www.cdu-zwickau.de